



Absender: Kreistags-/Kreisausschussbüro

Vorlage Nr.: 2016/0196

Veranlasser / Verursacher:
DIE LINKE.

Datum: 16.08.2016

Aktenzeichen:

Antrag

Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 22.07.2016 betr. Position des Landkreises Kassel zu den Freihandelsabkommen CETA; TTIP und TiSA

Beratungsfolge:

Gremium	am	Top	Status
Haupt- und Finanzausschuss	08.09.2016		öffentlich
Kreistag	12.09.2016		öffentlich

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag des Landkreises Kassel spricht sich dafür aus, dass die kommunale Daseinsvorsorge im Landkreis Kassel, insbesondere die nicht liberalisierten Bereiche Abfall, ÖPNV, Jugend- und Freizeiteinrichtungen, Kreiskliniken, soziale Dienstleistungen sowie alle Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge im kulturellen Bereich von den derzeit verhandelten Freihandelsabkommen und allen weiteren Handelsabkommen explizit ausgeschlossen werden und dass das verfassungsrechtlich garantierte Selbstverwaltungsrecht des Landkreises Kassel uneingeschränkt gewahrt bleibt.
2. Der politische Gestaltungswille darf hinsichtlich des öffentlich-rechtlichen Beschaffungswesens nicht stärker eingeschränkt werden, als es nationale Regelungen und das europäische Vergabe- und Konzessionsrecht bereits heute vorsehen.
3. Wegen der Intransparenz der bisherigen Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen fordert der Kreistag des Landkreises Kassel einen vollständigen öffentlichen Einblick in alle Verhandlungsdokumente sowie die Einbeziehung von allen Abgeordneten aller politischen Ebenen und der kommunalen Spitzenverbände in die Verhandlungen über TTIP, CETA und TiSA.
4. Sonderklagerechte für Unternehmen gegen demokratisch zustande gekommene Gesetze sowie gegen kommunale Regelungen und Beschlüsse des Kreistages, die vor privaten Schiedsgerichten oder speziellen Investitionsgerichtshöfen verhandelt werden, lehnt der Kreistag mit Nachdruck ab. Ebenso wenig darf die sog. „Lock-In bzw. Ratchet-Klausel“, die eine Rekommunalisierung liberalisierter Dienstleistungsbereiche entweder verbietet

oder nur noch unter Zahlung von hohen Schadensersatzsummen ermöglicht, Bestandteil der Abkommen werden. Rekommunalisierungen müssen weiterhin uneingeschränkt möglich sein.

5. Der Kreistag fordert die Landes- und Bundesregierung sowie die Abgeordneten der Landtage, des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments auf, die Ratifizierung von CETA und jedes weitere Abkommen, das die in diesem Beschluss dargelegten Forderungen nicht erfüllt, abzulehnen.
6. Der Beschluß wird neben den unter Ziffer 5 aufgeführten Institutionen und Personen den kommunalen Spitzenverbänden zur Stellungnahme und mit der Bitte um Beachtung zugeleitet.

Begründung:

Nach dem Scheitern globaler Liberalisierungsbestrebungen innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) verhandelt die Europäische Union derzeit eine neue Generation von Freihandelsabkommen:

- **Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)** zwischen der EU und den USA.
- **Europäisch-kanadische Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA)**.
- **Multilaterale Trade in Services Agreement (TiSA)** zwischen der EU, den USA und der WTO.

Die in geheimen Verhandlungen befindlichen Freihandelsabkommen TTIP und TiSA und das geheim verhandelte und zur Ratifizierung vorliegende Freihandelsabkommen CETA bergen überaus große Risiken für Dienstleistungen der öffentlich-rechtlichen Daseinsvorsorge, die durch die Kommunen und ihre Eigenbetriebe erbracht werden. Die Abkommen würden auch den Landkreis Kassel massiv betreffen. Ob Krankenhäuser, Sparkasse, die Vergabe öffentlicher Aufträge bei der Müllentsorgung, Wasserver- und Abwasserentsorgung, Gas- und Stromversorgung, Museen, Theater und andere Kultureinrichtungen: Durch CETA, TTIP und TiSA droht auf all diesen Gebieten eine schwerwiegende Einschränkung der demokratischen Handlungsautonomie und Gestaltungsmöglichkeiten sowie eine Absenkung von Standards im Sozialbereich, bei ArbeitnehmerInnenrechten, aber auch beim Gesundheits-, Verbraucher – und Datenschutz sowie bei den Umwelt- und Lebensmittelstandards.

Der bisherige Prozess der Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen ist in höchstem Maße intransparent und ignoriert die Rechte der demokratisch gewählten Parlamentarier auf europäischer, nationaler und Landesebene sowie der Kommunen. Nicht einmal die EU-Abgeordneten haben uneingeschränkt Zugang zu allen Dokumenten. Obwohl Städte, Landkreise und Gemeinden direkt betroffen sind, werden die kommunalen Spitzenverbände (Städte- und Gemeindetag sowie Landkreistag) bis heute nicht in die Verhandlungen eingebunden. Dies widerspricht allen demokratischen Gepflogenheiten und Regeln. Weitere Begründungen erfolgen mündlich in den Beratungen.

Dr. Christian Knoche
Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:

2016_0196_Anlage 1

Anlagenbeschreibung

Anlage 1

Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 22.07.2016 und TIP Faktenblatt 3 von „Mehr Demokratie e.V.